

# Für eine deutliche Kurskorrektur in der Frankfurter Wohnungspolitik – jetzt sofort!

Der Magistrat der Stadt Frankfurt lädt die Bürgerinnen u. Bürger der Stadt zu einem Dialog ein, um ihre Ideen einzubringen, wie Frankfurt im Jahr 2030 aussehen soll.

Aber ohne einen erkennbaren Willen seitens des Magistrats selbst, einen deutlichen Kurswechsel in der Wohnungspolitik vorzunehmen, muss dieses Gesprächsangebot als Versuch verstanden werden, den harten Interessenskonflikten in dieser Frage und den damit verbundenen Protesten den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Eine soziale Wohnungspolitik macht nicht allein eine gute Stadtentwicklung aus, aber ohne soziale Wohnungspolitik ist sie in keinem Fall gut.

**Ein weiter so in der Wohnungspolitik, wie in den letzten Jahren praktiziert, darf es auf gar keinen Fall geben !**

Wenn es um den **Schutz von Mieterinteressen** geht, wird von den zuständigen Fachämtern nicht genug getan. Der Schutz von Mieterinnen u. Mietern vor Investoren, die sie einschüchtern und ihnen das Leben in der eigenen Wohnung schwer machen, um sie im Interesse ihrer Rendite zum Auszug zu bewegen, bleibt zu oft auf der Strecke.

**Die Stadt muß sich endlich schützend vor alle von Vertreibung bedrohten Mieterinnen und Mieter stellen !**

Die **ABG-Frankfurt-Holding** baut seit Jahren kaum noch bezahlbaren Wohnraum sondern vor allem teure Miet- und Eigentumswohnungen. Nur aufgrund des hohen Engagements der Frankfurter Bevölkerung und politischem Druck ist es uns gelungen, wenigstens eine 5jährige Mietenbremse durchzusetzen.

Gleichzeitig sind immer wieder Grundstücke aus dem Besitz von Land und Kommune an meistbietende Investoren verkauft worden, so dass sich dort nur teure Eigentumswohnungen, Hotels und Büros gebaut werden, von denen in Frankfurt bereits viele leer stehen.

Eine deutliche Kurskorrektur in der Wohnungspolitik bedeutet, dass keine Grundstücke mehr meistbietend versteigert werden, sondern diese, wenn sie geeignet sind, mit preiswerten Wohnungen bebaut werden.

**Die ABG als kommunale Wohnungsbaugesellschaft soll auf Grundstücken, die im öffentlichen Besitz sind und auf eigenen Grundstücken ab sofort nur noch Wohnungen bauen, deren Mieten auf 5 - 7 Euro begrenzt werden !**

Nur auf diesem Wege wird es gelingen den großen Mangel an bezahlbarem Wohnraum in der Stadt zu begegnen. Nur so ist es möglich, die durch die falsche Wohnungspolitik in den zurückliegenden Jahren dramatisch zugespitzte Situation auf dem Wohnungsmarkt für die Hälfte der Frankfurter Haushalte, die im Monat mit maximal 2.000 Euro netto auskommen müssen, zu entspannen.

Gerade weil die Möglichkeiten der Kommune auf allen anderen Gebieten der Wohnungspolitik durch die geltenden Landes- oder Bundesgesetze bei Millieuschutzsatzungen oder dem Mietspiegel begrenzt sind und nicht immer genug Spielräume im Interesse der Mieterinnen u. Mieter zulassen, **ist die Geschäftspolitik der eigenen Wohnungsbaugesellschaft von so zentraler Bedeutung und muss endlich entscheidend geändert werden.**

**Nachbarschaftsinitiative Nordend Bornheim Ostend – NBO**  
nachbarschaftsinitiativenbo@yahoo.de

**Kampagne „Eine Stadt für alle – Wem gehört die ABG“**  
abg\_kampagne@riseup.net

**Mieter helfen Mietern e.V.**  
postm-ffm.de@mh

12.07.2016